

Keine Bezahlkarte für Asylbewerber in Bonn:

BBB-Antrag auch von der CDU abgelehnt

"Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine Bezahlkarte für geflüchtete Personen in Bonn einzuführen und sich dem dafür vorgesehenen Modell des Landes Nordrhein-Westfalen anzuschließen. Bargeldauszahlungen sind hierbei auf das gesetzlich mögliche Mindestmaß zu beschränken." Vier Monate, nachdem der **BBB** dies beantragt hatte, lehnte der Bonner Stadtrat den Antrag am 20. Juni ab. Und das mit den Stimmen der CDU, die sich auf Bundes- wie auf Landesebene in Sonntagsreden vehement für die Bezahlkarte einsetzt. Denn mit der Bezahlkarte sollen Asylbewerber künftig einen wesentlichen Teil der staatlichen Leistungen als Guthaben erhalten und nur noch in geringer Menge als Bargeld. Mit Einführung der Karte sollen so unter anderem Geldzahlungen von Migranten an Schlepper oder ins Ausland verhindert werden. Daher hatte auch die zuständige Landesministerin Josefine Paul (B90/Grüne) für die grün-schwarze Landesregierung bekräftigt, es bestehe Einigkeit darüber, dass die Bezahlkarte möglichst verbindlich und möglichst flächendeckend und mit einheitlichen Standards in NRW eingeführt werden solle. Die Bonner CDU und die Bonner Grünen lehnten für Bonn die Bezahlkarte aber im Gegensatz zu ihrer Landesregierung ab.

Bonn ist Spitze:

Stau-Hauptstadt 2023



Das Stauaufkommen ist in Bonn im Jahr 2023 im Vergleich zum Vorjahr erheblich höher geworden. Für eine Zehn-Kilometer Strecke in einem festgelegten Fünf-Kilometer-Radius um das Stadtzentrum benötigte man 16 Minuten. Damit belegt Bonn in dem vom Navigationsgeräte-Hersteller TomTom durchgeführten deutschlandweiten Vergleich mit Abstand den unrühmlichen Spitzenplatz. 47 Stunden verbringen die Autofahrer in Bonn zu den Stoßzeiten zwischen 7 und 8 Uhr morgens und zwischen 15 und 17 Uhr zusätzlich im Verkehr.

BonnOrange:

Kundendienst wird klein geschrieben

Ohne Zustimmung des **BBB** wird BonnOrange den Abfallplaner 2025 nicht mehr an alle Haushalte verteilen. Wer den Plan haben möchte, muss ihn umständlich telefonisch unter 5 55 27 20 oder per E-Mail an abfallplaner@bonnorange.de anfordern.

So trennen Grün-Rot die Zufahrten zur City ab:



Ergebnis der grün-roten Verkehrswende:

Mehr Staus und Abgase in Bonn

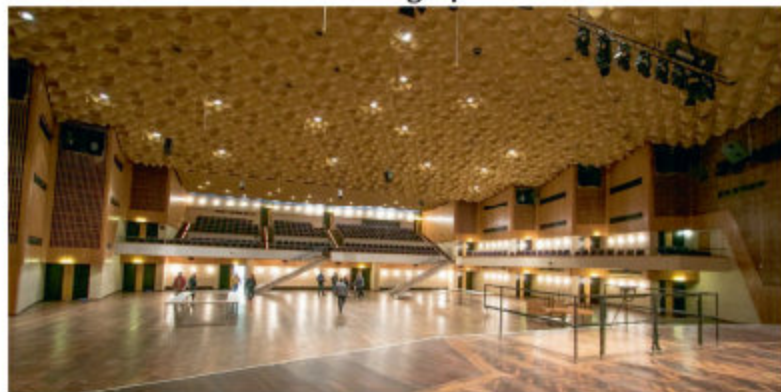
140.000 Personen pendeln jeden Tag zur Arbeit in die Bundesstadt. Die hohe Zahl an Autofahrern unter ihnen, eine relativ schwache Straßen-Infrastruktur und die im Kern autofeindliche Politik der grün-roten Mehrheit im Stadtrat führen aus Sicht des **BBB** zu immer mehr Staus und Abgasen in Bonn. Denn die Fahrt von den Außenbereichen zur Innenstadt wird Autofahrern systematisch erschwert und verlängert:

- Bereits 2022 wurde von den Anti-Auto-Ideologen im Bonner Rathaus der Cityring gekappt. In der Folge hat die Stadt die frühere Durchfahrt zum Hauptbahnhof an der Maximilian-Passage mit Pollern gesperrt.
- Es folgten Umweltschilde auf den Straßen Am Alten Friedhof und Oxfordstraße, die seit Herbst 2022 eingerichtet sind, und die Fahrspuren für Fahrzeuge in der Innenstadt halbiert haben.
- Probeweise wurden zu dieser Zeit weiter auf dem Hermann-Wandersleb-Ring Umweltschilde, die Bussen und Radfahrern vorbehalten sind, eingeführt. Noch liegt von der grünen OB keine abschließende Auswertung dieses Testes vor. Auch hier stöhnen aber Autofahrer im Stau vor den Ampeln, während kaum Radfahrer auf den Umweltschildern gesichtet werden.
- Nach der Cityring-Kappung fasste die Ratsmehrheit weitere Beschlüsse zur Vertreibung des Autoverkehrs am innerstadtnahen Rheinufer. Es fielen 150 Parkplätze zwischen Zweiter Fährgasse und Rheingasse weg und Autos ist die Umfahrung des Engpasses Koblenzer Tor / Suttnerplatz am Rheinufer entlang nicht mehr möglich.
- Das letzte größere Anti-Auto-Projekt war die Umwandlung der Außenspuren auf der Adenauerallee zwischen Hofgarten und Bundeskanzlerplatz zu Radspuren. Auch hier wird nur noch eine Spur pro Fahrtrichtung für Autos übrigbleiben.

Alle diese Maßnahmen will der **BBB** wieder rückgängig machen, damit der Verkehr in Bonn wieder zügig fließen kann. Wenn die durch Baumaßnahmen blockierte Bornheimer Straße als Einbahnstraße stadtauswärts für den Verkehr frei gegeben wird und die Kölnstraße nach den grün-roten Plänen auf zwei Spuren verschmälert wird, sind alle Zufahrten zur Innenstadt aus allen Richtungen halbiert. Und damit auch ihre Leistungsfähigkeit. Der **BBB** lehnt auch diese Maßnahmen entschieden ab. Denn sie führen zu immer mehr Staus und Abgasbelastungen, was die angeblichen Umweltschützer im Rathaus tatsächlich einen Dreck interessiert.

BBB kritisiert bei der Beethovenhalle:

Hier wird an der falschen Stelle gespart



In der Beethovenhalle waren die Plätze auf der Empore stets sehr begehrt.

Während die Gesamtkosten für die Sanierung der Beethovenhalle auf mehr als 221 Mio. Euro nur so explodiert sind, wird bei den zahlenden Besuchern in Zukunft kleinkariert gespart: Ihnen wird in den Toilettenräumen das warme Wasser zum Händewaschen gestrichen, um die Energiekosten zu reduzieren. Offenbar fiel die Warm-Wasser-Versorgung nicht unter den sonst kleinlich eingehaltenen Denkmalschutz wie selbst die kleinsten zu erhaltenen Schraubchen. Für den **BBB** hat jetzt Dank des grünen Regiments in Bonn Schilda Einzug gehalten.

Dazu zählt auch, dass nach der Luxus-Sanierung die Empore der Beethovenhalle weiter nicht barrierefrei erreicht werden kann. Sie wird für ältere und in der Mobilität eingeschränkte Besucher gar nicht oder nur mühsam über Treppen zugänglich sein. Hier hätte ein Aufzug Abhilfe schaffen können. Fünf davon sind hinter der Bühne neu installiert worden. Aber für eine solche kundenfreundliche Verbesserung des Angebots für die Besucher hatte man kein Geld mehr, da ja radikales Sparen angesagt war...

Die Kosten für das Lieblingskind der Bonner Grünen sind nur so explodiert:

Datum	Drucksache	Baukosten
15.04.2015	1511323	56,3 Mio. Euro
02.05.2019	191188St2	117,4 Mio. Euro
08.11.2022	222234	221,6 Mio. Euro

Platz des Grundgesetzes in Bonn:

Ein wahrhaft unterirdischer Standort



Copyright: Giacomo Zucca/Bundesstadt Bonn

Bonn feierte sich am 75. Geburtstag des Grundgesetzes als Geburtsort des Grundgesetzes. Auf Veranlassung von OB Dörner (Grüne) wurde im Nachhinein die Anschlussstelle Bonn-Bad Godesberg der Autobahn 562 von der dafür zuständigen Autobahn GmbH des Bundes als "Platz des Grundgesetzes" benannt. Die Bonner OB bezeichnete das als „ein besonderes Signal für die Bedeutung des Grundgesetzes.“ Zu Fuß ist der Platz des Grundgesetzes freilich gar nicht zu erreichen. Es handelt sich schließlich um eine Autobahn - Anschlussstelle. Und so bleibt der Platz faktisch unsichtbar. Dem wollte der **BBB** abhelfen und beantragte, die Haltestelle „Olof-Palme-Allee“ auf der den Platz überspannenden Brücke zum nächst möglichen Zeitpunkt in „Platz des Grundgesetzes“ umzubenennen. Diese Haltestelle hieß früher nämlich einmal „Platz der Vereinten Nationen“. Das passte der OB gar nicht. Angeblich sollte das nämlich einen sechststelligen Betrag kosten. Das war ihr als Geschenk der einstigen Bundeshauptstadt an das in ihren Mauern entstandene Grundgesetz zu dessen 75. Jubiläum dann doch zu viel. Neben neuen Schildern führte sie neun Gründe für den stattlichen Preis an, die mit Software-Änderungen zu tun haben sollen. Nur ein kleines Zusatzschild unter der bestehenden Beschilderung der Haltestelle genehmigten sie und ihre grün-roten Koalitionäre, aber das auch nur, falls dadurch keine baulichen Veränderungen an den vorhandenen Stützen oder Befestigungen nötig wären. Denn sonst würde das wieder Geld kosten. Wahrlich: Billiger geht's nimmer, Frau Oberbürgermeisterin!

Einwegverpackungen werden nicht reduziert:

Grün-Rot blockiert BBB-Anträge dazu

Die **BBB**-Fraktion hatte am 5. März beantragt, Anbietern auf dem Bonner Marktplatz, die vollständig auf Einwegverpackungen sowie Einweggeschirr und -besteck verzichten, die Standgebühren um 25 % zu reduzieren. Neue Anbieter von Speisen und Getränken sollen zum Bonner Wochenmarkt nur zugelassen werden, wenn sie sich von vornherein darauf vertraglich verpflichten. Die Ratsmehrheit verschleppte eine Beratung dieses Antrags bis nach den Sommerferien. Das gilt auch für den Antrag des **BBB**, eine Sondersteuer auf Einwegverpackungen für Speisen und Getränke in der Stadt Bonn nach Tübinger Vorbild einzuführen, der seit einem Jahr immer wieder vertagt wird. Wer den Verpackungsmüll kennt, der oft auf der Poststraße herumfliegt und dort Bonn-Besucher begrüßt, wird dafür mit dem **BBB** kein Verständnis haben.

Der **BBB** fordert weiter:

Ein Dach für die Bahnhofstreppe



Ob diese Streifen als Rutsch-Schutz lange halten?

Ständig nachgebessert wird an der "Treppe des Schreckens", die von der Poststraße zum Haltepunkt Hauptbahnhof der U-Bahn führt. Sie ist viel zu steil und die Stufen sind zu kurz. Erst wurde der rutschige Belag ausgetauscht, da es reihenweise Stürze gab. Dann wurde ein Handlauf in der Mitte angebracht, um den steilen Aufstieg zu erleichtern. Und jetzt kamen Streifen hinzu, die ein Abrutschen von den Stufen verhindern sollen. Das Ganze ist für den **BBB** ein Beispiel für den geringen Stellenwert der Belange der Fußgänger in Bonn. Der **BBB** hält an seiner Forderung fest, über den Abgängen ein filigranes Glasdach als Regenschutz zu errichten, das auch die Lebensdauer der Rolltreppen nachweislich verlängern würde.

Auch das gehört zu Bonn:

Tanzen im Freien mit Freunden

Von April bis Oktober kann jetzt die Salsa-Gruppe wieder donnerstags von 18 bis 21 Uhr im Stadtgarten tanzen. Die Stadtverwaltung und der Veranstalter haben sich auf eine maximale Anzahl von 60 Tänzern und Tänzerinnen für die zugewiesene Fläche von 60 Quadratmetern und einen Pachtvertrag geeinigt. Jetzt darf die Gruppe wieder zur Freude vieler Zuschauer tanzen. Öffentlich werben dürfen sie für die Veranstaltung nach einer Auseinandersetzung mit der Polizei und der Stadt Bonn 2022 nicht mehr. Als sich Ende August 2022 der Veranstalter nach einem Wortgefecht und Platzverweis in Polizeigewahrsam befand, weil er die Tänzer nicht nach Hause schicken wollte, hatte der **BBB** das Thema in der Ratssitzung aufgegriffen, da er für das Verhalten des Ordnungsamtes kein Verständnis hatte. Der **BBB** begrüßt, dass es jetzt zu einer einvernehmlichen Lösung gekommen ist und im Stadtgarten weiter unter Auflagen getanzt werden darf. Denn hier muss Platz auch für solche sportlichen Aktivitäten sein.

Zuweisungsquote übererfüllt:

Hohe Kosten für Flüchtlinge

Seit Jahren kritisiert der **BBB**, dass OB Katja Dörner nichts gegen die überhöhte Zuweisung von Flüchtlingen nach Bonn unternommen hat. Die gesetzliche Zuweisungsquote nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz war in den Jahren 2022 und 2023 und auch im laufenden Jahr durchgängig übererfüllt, wie die Fraktion von der Verwaltung erfährt. Zum 31.5.2024 lag der Erfüllungsgrad bei 123,39%. Das hat auch Auswirkungen auf die Folgekosten für den städtischen Haushalt. So blieben 2022 bei Aufwendungen in Höhe von 72,4 Mio. Euro nach Abzug aller Erträge, überwiegend Zuweisungen des Landes, unter dem Strich 20,3 Mio. Euro für Unterbringung und Versorgung übrig, für die die Stadt aufkommen musste. 2023 blieben sogar 21,4 Mio. Euro bei der Stadt hängen. Am stärksten ins Gewicht fallen laut Verwaltung auf der Ausgabenseite die Aufwendungen für das Personal mit 10,5 Mio. Euro. Weitere große Posten sind die Zahlungen für Sicherheitsdienste (9,6 Mio. Euro), Mieten (7,4 Mio.), Hotelkosten (4,2 Mio.) und Betreuungskosten (2,3 Mio.).

Weitere 6 Filialen entfallen:

Auch BBB kritisiert Filialschließungen



Auch in der Weberstraße gingen die Sparkassenlichter aus

Die **BBB**-Fraktion hat die Schließung weiterer 6 der noch verbliebenen 17 Filialen der Sparkasse in Bonn scharf kritisiert. Den Aufsichtsgremien der Sparkasse gehören aus Bonn Guido Déus (CDU), Tom Schmidt (Grüne) Angelika Esch (SPD) und Dr. Michael Faber (Linke) an.

"Alle meine Gespräche mit insbesondere älteren Menschen in der Bonner Südstadt, wo die Filiale Ende Juni ebenfalls geschlossen werden und nicht einmal ein Geldautomat bleiben soll, führen zu einem eindeutigen Ergebnis: Unverständnis und Empörung.... Die Sparkasse behauptet: „Wir stellen unser Filialnetz neu auf - moderner, flexibler und persönlich nah“. Geschehen soll das durch einen Sparkassen-Bus, der zweimal in der Woche vorbeikommt. Ist das wirklich moderner? Nein, es erinnert mehr an den Wilden Westen vor 150 Jahren, wo in abgelegenen Orten auch ab und zu ein von Pferden gezogener Bank-Wagen vorbeikam. Der Verwaltungsrat der Sparkasse KölnBonn musste der Schließung der sechs Filialen in Bonn natürlich zustimmen. Wer aber sitzt im Verwaltungsrat? Wesentlich von den Stadträten bestimmte Vertreter von Köln und Bonn und die Oberbürgermeisterinnen der beiden Trägerstädte. Haben wir von unseren Vertretern irgendeine kritische Bemerkung zu den Schließungen der Filialen gehört? Hat unsere Oberbürgermeisterin Katja Dörner versucht, die Öffentlichkeit gegen die Schließungen zu mobilisieren? Nichts von alledem. So wird die Südstadt wie auch die anderen fünf betroffenen Stadtteile ein Teil des Wilden Westens – jedenfalls was den Zugang zu Banken betrifft.“

Klaus Thüsing im General-Anzeiger vom 25. Mai 2024

Brandstifter spielen jetzt Feuerwehr:

Grün-Rot will wieder Stadtwerke nach Bad Godesberg fahren lassen

Eine eigene "Verkehrswende" musste die grün-rote Koalition im letzten Stadtrat vollziehen. War doch auf Antrag von Roß Beu (Grüne) bei der Umstellung des Fahrplans 2022 jede fünfte Fahrt der Stadtbahn zwischen Bonn und Bad Godesberg in beiden Richtungen gestrichen und der Betrieb weitgehend auf die notorisch unzuverlässige Linie 16 der Kölner Verkehrsbetriebe übertragen worden. Der **BBB** versuchte damals vergeblich, diese Angebotsverschlechterung für Bad Godesberg zu verhindern. Da als Ergebnis die Verspätungen überhandnahmen, immer wieder Züge am Bonner Hauptbahnhof endeten und nicht zur Stadthalle weiterfuhren, und mangels Personals viele Fahrten ganz ausfielen, baute sich eine Welle der Empörung der düpierten Kunden gegen diese grün-rote Fehlentscheidung auf. Jetzt drehte Grün-Rot auf Antrag des **BBB** bei und lässt prüfen, ob und wie man die Linie 16 schon zum Fahrplanwechsel im Juni 2025 am Bonner Hauptbahnhof enden lassen kann und inwiefern die Stadtwerke mit eigenen Wagen und Personal auf der Strecke zwischen Bad Godesberg und Buschdorf den Verkehr zuverlässiger sicherstellen können.

Das vergessen die grün-roten Ideologen:

Verkehrspolitik muss auch Ältere beachten

"Ältere Menschen sind ein erheblicher und wachsender Teil der Bevölkerung. Sie kommen scheinbar im Weltbild grüner Verkehrspolitikern nicht vor. Darin gibt es nach meinem Eindruck wohl nur jüngere, kräftige und gesunde Menschen, die sich bei Wind und Wetter auf das Fahrrad schwingen und den Berg hinunter nach Bonn radeln und dann wieder hoch. Für sie wird viel getan, die Radwege werden immer breiter. Dass es ältere Menschen gibt, die auf ihr Auto angewiesen sind, ist vermutlich eine den grünen Verkehrspolitikern fremde Vorstellung. Den Autofahrern wird aus meiner Sicht das Leben schwermgemacht, wo es geht. Sollen doch alle mit dem Fahrrad abends in die Oper oder die Beethovenhalle fahren.

Gewiss, es gibt öffentliche Verkehrsmittel, aber damit von Wachtberg zur Bonner Oper zu fahren, erfordert einiges mehr, als viele Ältere leisten können, etwa bei Wind und Wetter. Und eben häufig fahren die Busse auch nicht. Gewiss, es gibt Taxis. Nun sind aber nicht alle Rentner finanziell auf Rosen gebettet. Wir bitten also die Verkehrspolitik: Vergesst die Alten nicht."

Leserbrief von Dr. Jens Meyer-Ladewig, Waditberg, im General-Anzeiger vom 2. Dezember 2023

Das ist grün-rote Politik:

Nicht mehr, sondern weniger Demokratie wagen

Wie eine Dampfwalze setzt OB Katja Dörner und ihre grün-rote Mehrheit im Stadtrat ihre Anti-Auto-Verkehrspolitik in Bonn durch und beruft sich dabei auf die Zustimmung zum Bürgerbegehren "Radentscheid". Der **BBB**, der diesem Beschluss des Stadtrats im Gegensatz zur CDU nicht zugestimmt hatte, lehnt den Rückgriff auf den Radentscheid grundsätzlich ab. Denn mit diesem Beschluss war keine belastbare Aussage zu den finanziellen Folgen für den Haushalt der Stadt und keine Information über die einschneidenden Auswirkungen der neuen Radstraßen für deren Anwohner verbunden. Für den **BBB** ist das Verhalten der grün-roten Truppe widersprüchlich: Während ihr die 10.366 gültigen Stimmen für den Radentscheid zur Begründung ihrer Anti-Auto-Beschlüsse reichen, lehnt sie bis heute eine Umsetzung des Votums von 74.955 Bonnern ab, die sich für die Erhaltung des Melbbades ausgesprochen hatten. Das Melbbad modert weiter vor sich hin, die marode Technik wird nicht instandgesetzt, und das Bad steht der Bevölkerung seit August 2020 als Freizeitanlage nicht mehr zur Verfügung.

Endlich nach acht Jahren:

Denkmal Alter Friedhof Container-frei



Wenig pfleglich geht die Stadtverwaltung selbst mit Denkmälern um. Und nichts dauert in Bonn bekanntlich länger als Provisorien. Im Jahr 2015 war beschlossen worden, dass der für die Innenstadt zuständige Gärtnerstützpunkt auf dem Alten Friedhof provisorisch bis längstens zum 31.03.2018 untergebracht werden dürfe. Da sich der geplante Neubau eines Wirtschaftshofes für das Grünflächenamt an der Justus-von-Liebig-Straße bis heute nicht realisieren ließ, mietete die Stadt stattdessen ein Grundstück an der Brühler Straße für ihre Gärtner an und sagte zu, den Rückbau der auf dem Alten Friedhof eingetragenen Einrichtungen bis zum Frühjahr 2023 abzuschließen. Da sich dann wieder nichts tat, fragte die **BBB**-Fraktion OB Katja Dörner (Grüne) immer wieder, wann endlich gehandelt werde. Erst seit Juli dieses Jahres ist das Areal des Alten Friedhofs endlich wieder von Fahrzeugen, Maschinen und Containern befreit, was eigentlich seit 2018 schon der Fall sein sollte.

Seit Grün-Rot 628,5 neue Stellen im Stadthaus:

BBB wäre effizientere Verwaltung lieber

Seit die Grünen 2020 die Kommunalwahl in Bonn gewonnen haben und mit Katja Dörner die Oberbürgermeisterin stellen, nimmt die Zahl der Mitarbeitenden explosionsartig zu. Die Stadtverwaltung wird immer größer, leider aber nicht effizienter. Unter dem Strich sind von der grün-linken Koalition 619,5 neue Vollzeitstellen beschlossen worden, wie die OB dem **BBB** auf eine Anfrage mitteilte. Dazu kommen neun weitere Stellen, für die es im Rat Einzelfallbeschlüsse gab. Besonders viele der neuen Posten richtete Dörner ein, um Maßnahmen ihres Klimaplanes umzusetzen. Ein weiterer Schwerpunkt war die Umsetzung der grün-roten Anti-Autofahrer-Verkehrspolitik. Allein 10 Planer und Verwaltungsmitarbeiter brauchte sie zusätzlich im Planungs- und Tiefbauamt sowie in der Verkehrslenkung nebst vier Kontrolleuren im Außendienst, um die Beseitigung möglichst vieler Parkplätze in Wohngebieten und die drastische Erhöhung der Gebühren für Anwohnerparkausweise durchzusetzen. Auch die Umsetzung von Gesetzen des Bundes erforderte zusätzliche Arbeitskräfte. Ergebnis ist, dass die Stadt im Vergleich zu 2020 im laufenden Jahr mit einem Anstieg der Planstellenkosten um 52,6 Mio. Euro rechnet. Darin sind nicht nur Gehälter und Besoldung enthalten, sondern auch Ausgaben für den Arbeitsplatz als solchen. Der **BBB** ist daher froh, dass die Stadt offenbar kein attraktiver Arbeitgeber mehr ist und nicht genug Personal findet. Denn zum Jahresende 2023 waren rund 300 Posten nicht besetzt.

Jetzt ist es amtlich:

Bonn lebt auf viel zu großem Fuß!

Seit Jahren kritisiert der **BBB**, dass Bonn über seine Verhältnisse lebt und vor allem seit der Kommunalwahl die grün-rote Koalition und ihre OB Dörner das Geld nur so heraushauen, als ob es kein Morgen gäbe. Jetzt wurde das durch das Statistische Landesamt bestätigt, das den Schuldenstand der kreisfreien Städte in Nordrhein-Westfalen untersuchte. Als Kriterium legten die Statistiker die Kernhaushalte an. Dabei wurden Extrahaushalte und öffentliche Einrichtungen – etwa kommunale Krankenhäuser oder Energieversorger – außen vorgelassen. Die Bundesstadt weist danach 2023 mit 6.125 Euro die dritthöchste Pro-Kopf-Verschuldung in NRW auf. Vor Bonn liegen nur die strukturschwachen Städte Oberhausen und Mülheim. Städte wie Aachen oder Münster, die von der Einwohnerzahl und der Sozialstruktur mit Bonn vergleichbar sind, haben nur eine Pro-Kopf-Verschuldung von 3.354 Euro (Aachen) oder 3.355 Euro (Münster) und weisen eine mindestens ebenso hohe Lebensqualität wie Bonn auf. Dass der Stadtrat dennoch von Bund und Land fordert, sie sollten den von Rathauspolitikern samt OB verantworteten Schuldenberg jetzt der Stadt abnehmen, grenzt für den **BBB** an Dreistigkeit: Wer sich die Suppe eingebrockt hat, soll sie auch auslöffeln müssen.

Das fordert auch der **BBB**:

Mehr Schutz für Fußgänger in Bonn

"Als Fußgängerin fühle ich mich in Bonn zunehmend unwohl. Der Aktionismus der grünen Machthaber hilft mir nicht weiter. Ich wurde noch nie von parkenden Autos behindert. In der Fußgängerzone und auf Gehwegen werde ich aber immer wieder von Radfahrern belästigt. Es sollte in Bonn geschützte Räume geben, in denen sich Fußgänger frei bewegen können, was spielende Kinder und nicht mehr ganz so fitte Senioren einschließt. In den geschützten Bereichen sollte Radfahren komplett verboten sein, schließlich kann man auch absteigen und schieben. Die gesamte Fußgängerzone und jeder Gehweg, selbstverständlich auch in der Rheinaue, sollte eine solche Schutzzone für Fußgänger sein."

Katharina Baum, Bonn, in ihrem Leserbrief im Bonner General Anzeiger



Ende der Open-Air-Saison 2023 sah die Blumenwiese in der Rheinaue in weiten Teilen wie eine Schlammwüste aus. Ein gleiches Bild bot sich nach "Rhein in Flammen" Anfang Mai 2024. OB Katja Dörner (Grüne) versprach zuvor schon im August 2023 dem **BBB**, sie wolle sicherstellen, dass diese Veranstaltungsflächen künftig nach solchen Events nicht wie Stätten der Verwüstung, sondern wie Orte der Naherholung aussehen. Weiterhin wollte sie prüfen lassen, wie dies im Rahmen des bestehenden Vertrages mit

dem Pächter der Rheinaue sichergestellt werden kann. Auf eine aktuelle **BBB**-Nachfrage räumte die OB Dörner ein, weder ein Konzept erstellt zu haben noch an den Verträgen mit dem Pächter etwas ändern zu wollen. Das ist der reale und tatenlose Umweltschutz der Grünen in Bonn, die sich nur mit ihrem Mundwerk zum größten Umweltschützer aller Zeiten aufbläsen, sagt

Euer Rabe Cleverle



Jahresempfang der **BBB**-Fraktion:

Sommerkonzert im Leoninum

Am 2. Juli 2024 hatte die **BBB**-Fraktion wieder zu ihrem traditionellen Jahresempfang mit klassischem Konzert eingeladen. Etwa 130 Gäste waren der Einladung gefolgt und in die Alte Kirche des Leoninums im Bonner Stadtertrum gekommen. Nach dem knapp 70-minütigen Konzert des Bonner Beethoven-Trios kamen viele Besucher mit den Vertretern der **BBB**-Fraktion und auch untereinander ins Gespräch und ließen den Abend gemeinsam ausklingen.

Nicht nur der **BBB** fordert:

Rheinnixe muss wieder fahren

„Tagestouristen und Einheimische können eine tolle Panorama-Aussicht auf Bonn und das Siebengebirge genießen. Die beiden Uferpromenaden rücken enger zueinander, wovon beide Stadtteile profitieren... Als Zubringer zu Arbeitsplätzen, Uni-Instituten und Verwaltungsbehörden hilft eine Fähre, viele Autofahrten zu vermeiden – wenn sie denn regelmäßig und zu den richtigen Zeiten fährt.“



Leider erkennt die Stadtverwaltung weder den verkehrlichen Nutzen noch den hohen touristischen Mehrwert. Die Stellungnahmen der Verwaltung sind meiner Meinung nach erkennbar ambitionslos und banal. Ich appelliere dringend an die Bonner Politik, ihre eigene Beschlusslage durchzusetzen und die Verwaltung zu einer ernsthaften Beschäftigung mit dem Thema zu drängen.“

Leserbrief von Marcus Streck im General-Anzeiger vom 29. April 2024

Das unterstützt der **BBB** vorbehaltlos.



An alle Bonner Haushalte